

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/185

29. September 1975

Das blaue Auge von Bremen

Überlegungen zum Wahlergebnis in der Hansestadt

Seite 1 / 38 Zeilen

Die Führungsschwäche des CDU-Chefs

Spitzenpolitiker der Union im Bildungsbereich zerstritten und handlungsunfähig

Von Helmut Rohde MdB
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Seite 2 und 3 / 67 Zeilen

Die Unternehmer sind nicht verunsichert

Fachtagung bewies: Viele Arbeitgeber sind gesprächsbereit

Seite 4 und 5 / 47 Zeilen

Die Weichen für Mannheim sind gestellt

Harte Fakten gegen die Propaganda mit Emotionen

Seite 6 / 45 Zeilen

Die Glosse zum Tage

Informationsfreiheit à la Springer

Von Hermann P. Reiser MdB
Mitglied der Arbeitsgruppe Presse und Medien
der SPD-Fraktion

Seite 7 / 24 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 08 95 545 - 48 ppbind

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 86 11

Das blaue Auge von Bremen

Überlegungen zum Wahlergebnis in der Hansestadt

Die Bürgererschaftswahlen in der Freien Hansestadt Bremen haben für die SPD mit einer herben Enttäuschung geendet. Der Rückgang der Stimmen um sechseinhalb W. ist ein bitterer Verlust, auch wenn er weit unter den Einbußen in der Hanseanachbarstadt Hamburg liegt. Die SPD, die nach den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, im Saarland und in Nordrhein-Westfalen aufgestiegen hatte, sieht sich nun mit einem Wahlergebnis konfrontiert, das sie zu größter Aufmerksamkeit zwingt.

Die Parteiführungsgremien in Bremen und in Bonn werden zunächst mit einer sorgsam und ins Detail gehenden Prüfung des Wahlergebnisses im Ganzen und in allen Einzelheiten zu tun haben. Dabei wird man sicher auch beachten müssen, daß die Testergebnisse etwa drei Wochen vor dem 28. September für die SPD eine Wendung zum Negativen angezeigt haben, wobei man auf die Ursachen zunächst nur mit Spekulationen und Vermutungen reagieren konnte. Im Zusammenhang mit dem Wahlergebnis selbst werden diese Tests aber deutlich machen können, weshalb der Trend so und nicht anders verlaufen ist.

Zu diesen Trendspekten gehört auch in Bremen die Tatsache, daß sich offensichtlich der sog. Großstadteffekt vorerst gegen die SPD wendet. Diese übereinstimmende Folge der Entwicklung in den Großstädten und Stadtstaaten, die sich aus dem Bevölkerungswandel von der Produktions- zur Dienstleistungsgesellschaft ergibt, muß die SPD veranlassen, sich gerade mit diesem Problem aufs Intensivste zu befassen. Dieser Punkt ist parallel zu sehen mit der anderen Tatsache, daß die SPD in den Arbeiterbereichen ihre Positionen weitgehend halten konnte. Die Gesamtschau über diese beiden Fakten wird die SPD zu Konsequenzen bringen müssen.

Nach dem Stand von Montag ist damit zu rechnen, daß die SPD im Stadtstaat Bremen weiter allein regieren wird. Die Mehrheit ist knapper geworden, aber sie reicht für Bürgermeister Hans Koschnick und seine Mannschaft aus, um ihre Politik im Interesse der Bremer Bürger und ihrer und der Hansestadt Belange zügig fortzusetzen. Für die Bundesebene bedeutet das Bremer Ergebnis eine neuerliche Bestätigung des sozialliberalen Bündnisses, denn die knappe Verschiebung für die CDU ist kein wesentlicher Pluspunkt für die Bonner Opposition. Schließlich sollte man nirgendwo vergessen, den Bremer Demokraten insgesamt zu danken, denn die Wahl vom 28. September ist eine völlige Absage an alle extremen Gruppierungen rechts und links.

Erhardt Eckert
(-/29.9.1975/bgj/pr)

+ + +

Die Führungsschwäche des CDU-Chefs

Spitzenpolitiker der Union im Bildungsbereich zerstritten und handlungsunfähig

Von Helmut Rohde MdB

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Uneinig und handlungsunfähig zeigten sich die Spitzenpolitiker der CDU/CSU Ende letzter Woche, als im Kreis der Länderregierungschefs mit dem Bundeskanzler die Weiterführung der Aufgaben des Deutschen Bildungsrats besprochen wurde. Offensichtlich war die Führungsschwäche des Kanzlerkandidaten der Opposition und Vorsitzenden der CDU, Dr. Helmut Kohl, der es nicht vermochte, die von der CDU/CSU geführten Länder in einer bildungspolitischen Frage von gesamtstaatlicher Bedeutung auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Dies wiegt umso schwerer, als zunächst Dr. Kohl im Frühjahr 1975 als Regierungschef von Rheinland-Pfalz den einstimmigen Beschluß von Bund und Ländern über die Notwendigkeit einer kontinuierlichen unabhängigen wissenschaftlichen Beratung im Bildungsbereich mitgefaßt hatte. Jetzt aber läßt er es zu, daß partikularistische Interessen ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Gesamtgesellschaft Oberhand im Lager der CDU gewinnen. Während er und seine Freunde sonst bei jeder Gelegenheit gesamtstaatlicher Verantwortung das Wort reden, lassen sie es zu, daß in ihren eigenen Reihen der Deutsche Bildungsrat mit immer neuen Finessen zu Tode taktiert werden soll. Das steht im Widerspruch zu dem Empfinden der Bürger, die angesichts der Probleme im Bildungsbereich Maßstäbe für bessere Zusammenarbeit und mehr gesamtstaatliches Verhalten erwarten.

Es wäre falsch, zu leugnen oder gar zu verdrängen, daß mit der stürmischen quantitativen Expansion des Bildungswesens in den letzten Jahren und durch die einseitige Bevorzugung bestimmter Teilbereiche der Bildung ein erheblicher Stau von schwerwiegenden Problemen entstanden ist. Diese Probleme müssen durch kritische Analysen und Entscheidungshilfen aufgearbeitet werden, d.h. Beratung der politischen Entscheidungsinstanzen ist gerade jetzt unverzichtbar, um zu ausgewogenen und sachgerechten Entscheidungen auch in einem föderalistischen System zu gelangen. Solche Probleme sind zum Beispiel: Ein viel zu großer Teil der Schüler bleibt ein oder mehrere

Male in der Schule sitzen; ein nicht vertretbarer Anteil an jungen Menschen, die nicht einmal das Ziel der Hauptschule erreichen, werden mit dem Odium von Versagern belastet und als Hilfsarbeiter in den Hinterhof der Gesellschaft verbannt. Die offenkundigen Disharmonien zwischen Beschäftigungssystem und Bildungssystem, die Herstellung der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung, des Zugangs- und Abschlußsystem der Schulen und der Hochschulen sind weitere wichtige Themen.

Die Bundesregierung hat darauf gedrängt, daß das jahrelange Tauziehen um die Neuordnung der Beratung für die Bildungspolitik zu einem tragfähigen Ergebnis führte. Der Ende 1974 zunächst einvernehmlich von Beauftragten des Bundes und der Länder ausgearbeitete Abkommensentwurf scheiterte am unerwarteten Veto von Baden-Württemberg und Bayern. Die Bundesregierung und die sozial-liberal regierten Länder blieben - um der Sache willen - kompromiß- und verhandlungsbereit. Mit dem einstimmigen Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern im April dieses Jahres wurde eine neue gemeinsame Ausgangsbasis geschaffen. Die beauftragte Dreier-Gruppe, aus BDrgermeister Kloss (Hamburg), Ministerpräsident Dr. Stoltenberg (Schleswig-Holstein) und mir hat auf dieser Grundlage neun Thesen zur Neuorganisation der Beratung im Bildungsbereich formuliert.

Dieser Vorschlag sieht die Einrichtung von fünf bis sechs Sachverständigen-Kommissionen vor, die im Rahmen von Arbeitsprogrammen Empfehlungen zur inhaltlichen und strukturellen Entwicklung in den Bereichen der vorschulischen, schulischen und beruflichen Bildung sowie der Weiterbildung erarbeiten sollen. Das Verfahren bei der Aufstellung der Arbeitsprogramme und der Berufung der Mitglieder der Sachverständigen-Kommissionen durch den Bundespräsidenten sieht eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern vor, wobei den Ländern maßgeblicher Einfluß eingeräumt wird. Die notwendige Koordination zwischen den einzelnen Sachverständigen-Kommissionen soll durch die Vorsitzenden in einem Ständigen Ausschuß erfolgen. Eine eigene Geschäftsstelle wird für ein solches Beratungssystem für notwendig gehalten.

Die CDU/CSU muß nun Farbe bekennen, will sie sich nicht dem Vorwurf der Unserioösität aussetzen. Die sozial-liberale Koalition in Bund und Ländern wird weiterhin darauf drängen, daß die Notwendigkeit unabhängiger und kontinuierlicher Bildungsberatung nicht in Frage gestellt wird. Die neun Neuordnungsthesen sind dabei eine tragfähige Grundlage. Die Bundesregierung wird dafür sorgen, daß dieses Thema auf der Tagesordnung bleibt. Sie wird es den Gegnern gesamtstaatlicher Beratung nicht leicht machen.

(-/29.9.1975/ks/pr)

+ + +

Die Unternehmer sind nicht verunsichert

Fachtagung bewies: Viele Arbeitgeber sind gesprächsbereit

"Nach den Vorstellungen unserer Systemstürmer soll die Investitionskontrolle sowohl vom Staat als auch auf innerbetrieblicher Ebene durch 'Investitionsräte' (Sowjets) ausgeübt werden, ohne deren Zustimmung die Unternehmensleitungen keine Investitionen beschließen dürfen." ("Der Tagesspiegel", Berlin/ 28. September 1975).

Der Berliner "Tagesspiegel" katapultierte sich mit diesem Satz in die vorderste Reihe derjenigen, die mit Falschmeldungen und Verdrehungen die Investitionslenkungsdebatte der SPD begleiten. Zur gleichen Zeit und am gleichen Ort diskutierten Unternehmer mit SPD-Wirtschaftspolitikern die Strukturentwicklung der Wirtschaft und Fragen der Investitionslenkung. Die Einschätzung des "Bundes Junger Unternehmer" von der wirtschaftlichen Ziel-Mittel-Diskussion in der SPD liegt meilenweit von der "Tagesspiegel"-Kommentierung entfernt. Dies ist ein eindeutiges Indiz dafür, daß die gegenwärtig betriebene Kampagne gegen die wirtschaftspolitische Debatte in der SPD und damit gegen die SPD umso wirkungsloser werden wird, je allgemeiner verständlicher und je präziser diese ihre Position darlegt.

In diesem Prozeß zur Versachlichung besitzt die Berliner Fachtagung der SPD einen hohen Stellenwert. Sie räumte gehörig mit der These von der Verunsicherung der Unternehmer auf. Die SPD-Wirtschaftsexperten hatten sich mit nüchtern denkenden, gut informierten und gekonnt arbeitenden Debatteuren auseinanderzusetzen, die sehr genau zwischen ihrer eigenen Praxis

und den Stellungnahmen der großen Wirtschaftsverbände unterschieden. Gleichfalls wollen sie wissen, wohin die SPD will und welche Mittel sie sich dabei bedienen möchte. Eine ganze Reihe der BJU-Mitglieder konzidierte der SPD im privaten Gespräch, daß sie gegenwärtig die einzige Partei sei, die eine derartige Veranstaltung durchführen könne. In diesem Zusammenhang gewinnt der unwidererprochene Satz des amtierenden BJU-Vorsitzenden Michael Bömers Bedeutung, daß die Weltwirtschaftskrise die Suche nach "grundsätzlich neuen Wegen" notwendig mache.

Für die SPD hat mit dieser Tagung ein Stück Zukunft begonnen, die SPD-Vorstandmitglied Wolfgang Roth mit dem Begriff der "gruppenbezogenen Kommunikation" umriß: Trotz, ja wegen aller Unterschiedlichkeiten und Gegensätze in der Diskussion Positionen und Ziele kennenlernen. Wieviel an politischer Energie ist in der Vergangenheit verschwendet worden, weil der oft zitierte "Popanz" die rationale Argumentation verdrängt hatte oder erst garnicht möglich machte. Wieviel Durchsetzungsenergie mußte aufgewendet und damit am falschen Platz verbraucht werden, weil die Kontrahenten sich so genau nicht kannten und das klärende Gespräch nicht suchten.

Ein Beispiel zeigt dies eindrucksvoll auf. Den meisten Vertretern dieses Unternehmerverbandes war völlig unbekannt, wie schlecht die Daten- und Informationsbasis des Staates beschaffen ist, wenn er wirtschaftspolitische Entscheidungen fällt, was also den Verantwortlichen in den Ämtern und Ministerien fehlt. In vielen Diskussionsbeiträgen wurde folglich deutlich, daß sich an diesem Punkt ein wenig bewegen läßt, auch wenn die "Informationsmeldestelle" schließlich zwischen den Diskussionspartnern aus beiden Lagern umstritten blieb.

Klaus Vater
(-/29.9.1975/ks/pr/va)

+ + +

Die Weichen für Mannheim sind gestellt

Harte Fakten gegen die Propaganda mit Emotionen

Nach Abschluß der Regionalparteitags-Diskussionen der SPD im gesamten Bundesgebiet äußerte sich Willy Brandt zuversichtlich darüber, daß die Wähler von einer überzeugenden Mehrheit der Delegierten in Mannheim erfahren werden: Die SPD lehnt Staatsdirigismus ab und denkt nicht daran, den Unternehmern die letzte Verantwortung und Entscheidung über Investitionen zu nehmen. Damit ist ein wesentlicher Schritt getan, nicht nur in einer Sprache zu sprechen, die auch der Bürger versteht, sondern klar und unmißverständlich eine verbindliche mehrheitliche Meinung zu verkünden und somit der Verkettung der innerparteilichen Auseinandersetzung um zukünftige wirtschaftspolitische Diskussionen der SPD wirkungsvoll entgegenzutreten.

Die Beschlüsse des viertgrößten SPD-Bezirksverbandes, der am Wochenende in Nürnberg tagte, haben besondere Bedeutung. Der fränkische Bezirksverband nimmt in Bayern eine Sonderstellung ein. Er hat aufgrund seiner Arbeit bei den Wahlen der letzten Jahre kontinuierlich besser abgeschnitten als andere bayerische Bezirksverbände, er kann aber auch, wie Vorsitzender Bruno Friedrich betonte, als Beispiel erfolgreicher Integrationsarbeit gelten: 129 von 261 der Delegierten waren Jungsozialisten. Deutlich wurde auch die Beachtung, die die Parteispitze der Tagung des Bezirksverbandes schenkte: Der Bundesgeschäftsführer, der Landesvorsitzende und der Parteivorsitzende sprachen in Nürnberg.

Bundesgeschäftsführer Holger Börner bescheinigte den Franken, daß ihre Arbeit nicht nur entscheidend für Bayern sei, sondern darüber hinaus wichtige Impulse für die Arbeit der Gesamtpartei in den nächsten Jahren gebe. Dabei haben es sich die Franken absolut nicht leicht gemacht. Landesvorsitzender Dr. Hans-Jochen Vogel bestätigte erneut, daß sich die Franken durch die Solidität ihrer Arbeit als ein stabilisierendes Element innerhalb der bayerischen SPD erwiesen, "als eine Gliederung, die Praxis und Theorie in richtiger Weise zu verbinden mußte, der Bezirk, der uns immer wieder durch Wahlerfolg Mut und Zuversicht gegeben hat".

Die Zustimmung zur Auffassung von Bundeskanzler Helmut Schmidt und Dr. Hans-Jochen Vogel über die Aussage des Orientierungsrahmens hinsichtlich des hochgespielten Themas Investitionslenkung bekommt nicht nur durch die Mitgliederstärke des Bezirksverbandes ihr Gewicht, sondern auch durch die Haltung in bezug auf das "gegenwärtig brennendste Problem unserer politischen Praxis", wie Bruno Friedrich sagte: Der Parteitag erarbeitete ein Papier, in dem wichtige Daten für eine zukunftsorientierte Arbeitsmarktpolitik gesetzt werden.

Bruno Friedrich nannte es zu Recht unerlässlich, grundsätzliche theoretische Probleme ständig weiter zu diskutieren, gleichzeitig müsse man aber deutlich machen, daß diese Theoriediskussionen über Zukunftsziele nicht von der Notwendigkeit entbinden, zu aktuellen politischen Aufgaben eine klare und jegliche Mißdeutung ausschließende Stellung zu beziehen, die dem Wähler die Möglichkeit gibt, für einen übersehbaren Zeitraum Ja oder Nein zur SPD zu sagen. (1b/29.9.1975/bgy/pr)

Die Glosse zum Tage

Informationsfreiheit à la Springer

Von Hermann P. Reiser MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe Presse und Medien der SPD-Fraktion

Dies nenne ich nun wirklich "Informationsfreiheit", wie Springer-Zeitungen sie verstehen! Und so "unauffällig" konzertiert dazu.

Während alle seriösen Tageszeitungen der Bundesrepublik am letzten Freitag ausführlich, meistmehrpaltig meldeten, daß der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß seinen Zivilprozeß gegen den früheren Senatspräsidenten beim Bundesgerichtshof, Jagusch, in erster Instanz verloren und 5.000 DM Schmerzensgeld zu zahlen hat, findet sich in Springers "Bild" davon kein Wort.

Das prallgetönte Massenblatt mit den witzigen Angaben "Unabhängig, Überparteilich" unter dem Titelkopf hat Platz für Meldungen wie "Zechpreller erstickte an einer Schweinshaxe; oder für die Frage "Wie kommt der Kunstdünger auf den Groß-Glockner?". In der "Namen"-Spalte auf Seite 2 taucht sogar auch prompt der gehätschelte CSU-Führer mit dem "Sensations"-Bekenntnis auf: "Mit meiner BMW 600 fahre ich gerne am Starnberger See entlang, so mit 60 oder 70 Stundenkilometern." Doch vom Karlsruher Urteil keine Spur.

Nicht viel anders die "Bildzeitung für gebobene Schichten: aus dem gleichen Konzern, "Die Welt" mit dem anspruchsvollen Untertitel "Unabhängige Tageszeitung für Deutschland".

Auf Seite 6 schreibt Mitchefredakteur Dr. Herbert Kremp zweispaltig über "Der schwerhörige Willy Brandt", doch keiner seiner Redakteure über den verleumderischen Franz Josef Strauß. Lediglich in der Bonn-Ausgabe liest man eine 14-Zeilen-Notiz auf Seite 3, die noch dazu Wichtiges vorenthält.

Wie gesagt: "Informationsfreiheit", wie die's meinen.

(-/29.9.1975/ka/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller